

Oldenspiegel

Mitteilungen der Fraktion der Alternative für Deutschland im Rat der Stadt Oldenburg

Ausgabe 2/2019

Inhalt

Wieviel regiert die EU in Oldenburg?

Eine kritische Betrachtung der Brüsseler Bürokratie.

Seite 3

Kunstrasen auf Oldenburger Sportplätzen?

Vorteile, Nachteile, Risiken - eine Gleichung mit Unbekannten.

Seite 4

Wohnungspolitik

Die Lösung des Wohnungsproblems - wir plädieren für funktionierende marktwirtschaftliche Lösungen anstatt sozialistischer Planwirtschaft von SPD & Co.

Seite 5

Millionen für Gutachter

Wir haben die Verwaltung über die Vergabe von externen Gutachten befragt. Lesen Sie die Antworten auf

Seite 6

Kulturpolitik

Ein fragwürdiger Museumsneubau und zwei bedeutsame Rücktritte. Die Oldenburger Kulturpolitik braucht eine Wende - und einen Dezernenten.

Seite 7

Graf Anton Günther

Wohin mit seiner Statue? Verbunden mit einem Blick auf das historische Wirken von Graf Anton Günther.

Seite 8

Viele Naive!

Die „Erklärung der Vielen“ ist latent totalitär. Unsere Position dazu.

Seite 10



Frühling in der Hunttestadt. Genießen Sie Schönheit und Natur - ganz besonders auch zum Ausgleich und zur Erholung angesichts einer aktuell angespannten politischen Lage.

Moin moin,

kurz vor der Europawahl widmen wir uns dem bedenklichen Einfluss der EU auf die Kommunen. AfD-Spitzenkandidat Jörg Meuthen und alle unserer Kandidaten treten an, um diese Missstände zu ändern.



Nicht nur, aber auch mit Blick auf die Wahl ist es interessant, dass Kevin Kühnert private Immobilieninvestments verbieten und Konzerne verstaatlichen will. Zwar distanziert sich der SPD-Nachwuchs brav vom „Staatssozialismus der DDR“ - ohne zu realisieren, dass bisher sämtliche (!) sozialistischen Experimente in Leid, Unterdrückung und auch massiven Umweltverschmut-

zungen endeten. Der Fehler liegt offensichtlich in der Unmöglichkeit dieser marxistischen Wahnidee. Es ist mehr als naiv, wenn Kevin & Co.



meinen, ausgerechnet sie könnten ein auf Zwang und Bevormundung gegründetes System gewaltfrei führen. Wichtig zu wissen ist, dass Kühnert für seine absurden Ansichten auch in der Oldenburger SPD viel Zustimmung hat. Der SPD-Ratsherr und Fraktionsvorsitzende Prange forderte die Enteignung des Eigentümers des Wallkinos. Wir lehnen das ab. Ebenso stellen wir uns jeglichen sozialistischen Ansinnen in Bezug auf die Oldenburger Wohnungssituation entgegen.

In der Ratssitzung im April haben wir dem FDP-Vorschlag zugestimmt, dass nach Neugestaltung der Grundsteuer die Gesamtbelastung der Bürger durch diese Steuer nicht steigen darf. Das hat vor allem soziale Gründe, da die auf die Mieten umgelegte Grundsteuer von allen Bürgern bezahlt wird. Wenn Grüne, Linke und SPD den Antrag bewusst fehlinterpretieren (in der Behauptung, jetzt schon künftige Steuersätze festlegen zu wollen) und uns vorwerfen, wir seien unsozial, so ist das typischer Linkspopulismus und das Schüren von Ängsten vor der AfD.

Sehr betroffen gemacht haben uns die Oldenburger Kulturschaffenden mit ihrer Erklärung der angeblich Vielen. Bei genauer Betrachtung zeigt sich diese als exakt das, was sie uns zu Unrecht vorwirft: sie ist bereits latent totalitär.

Wir sind uns sicher, dass der vernünftige und mündige Bürger - auch (oder vielleicht gerade) ohne Studium oder Abitur - all das durchschaut. Die Ergebnisse der kommenden Wahlen werden es zeigen.

Angenehme Lektüre und eine gute Zeit in Oldenburg wünschen

Ihre Ratsleute der AfD

Christoph Brederlow (Fraktionsvorsitzender) & Lidia Bernhardt

Unser Selbstverständnis als AfD

Wir sind die Partei der Rechtsstaatlichkeit.

Migration, Euro- und Griechenlandrettung, die zunehmende Abgabe von Kompetenzen an die EU und vieles mehr verstoßen gegen geltendes deutsches Recht. Die Regierung handelt damit illegal.

Wir differenzieren.

Der Vorwurf des Populismus ist billig. Er funktioniert, weil sich Altparteien, Funktionäre und staatsnahe Medien in dieser Täuschung der Bürger einig sind. Ein Blick in unsere youtube- oder facebook-Seiten oder das Lesen der sogenannten Alternativen Nachrichten bewei-

sen schnell: Wir bearbeiten Themen in der Tiefe. Wir haben erfahrene Experten in allen Politikfeldern. Wir wägen ab und wir differenzieren.

Wir stehen für Sicherheit.

Billig und falsch ist der Vorwurf der Ausländerfeindlichkeit. Wir fordern die Einhaltung der Gesetze von jedem, der sich in unserem Land aufhält, und entsprechende Konsequenzen bei Verstößen. Wir benennen Tätergruppen nur, wenn Nachrichten und Kriminalitätsstatistik diese klar erkennbar machen.

Wir vertreten deutsche Interessen.

Altparteien, Medien und weitere gesellschaftliche Institutionen versu-

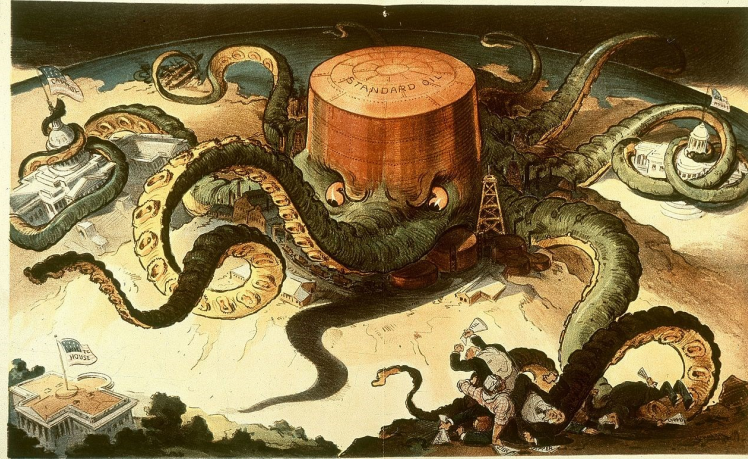
chen, das Verfolgen eigener nationalstaatlicher Interessen als falsch oder gar gefährlich einzustufen. Dem entgegnen wir, dass Deutschland auf allen Ebenen souverän und wettbewerbsfähig sein muss, um sich im globalen Konkurrenzkampf behaupten zu können. Nur so können die besten Ergebnisse für unsere Bürger erzielt werden. Anderenfalls sind wir einfach nur die Zahlmeister - für Europa und noch darüber hinaus. Die Politik der Altparteien zielt genau in diese Richtung. Das ist falsch. In Berlin muss Politik für Deutschland gemacht werden, wie auch in Oldenburg Politik für Oldenburg gemacht werden muss.

Wir sind die Alternative!

Wieviel EU regiert in Oldenburg?

Wichtige Informationen vor den anstehenden EU-Wahlen.

Etwa 80% der vom Bundestag beschlossenen Gesetze setzen nur EU-Recht um. Die Krake EU hat ihre Tentakeln aber auch in die Kommuni-



Als unersättliche Krake sah der Grafiker U. J. Keppler 1904 die amerikanische Ölindustrie. Mit der heutigen EU verhält es sich ganz ähnlich. Zumindest aus der Perspektive der Netto-Zahler. („Standard Oil Cartoon with Octopus“, Quelle: Wikipedia)

nen und damit auch zu uns nach Oldenburg ausgestreckt.

Einige Beispiele:

- Luftgrenzwerte sowie die Richtlinie zur Aufstellung der Messstationen stammen von der EU.
- Für die Ausweisung von Landschaftsschutzgebieten gelten EU-Bestimmungen.
- EU-Klimaschutzziele bestimmen die Ausgestaltung von Oldenburger Förderprogrammen zur Altbausanierung.
- Die Inklusionspolitik, die aktuell große Herausforderungen für die Oldenburger Schulen bedeutet, fußt ebenfalls auf EU-Recht, das in diesem Falle seinerseits durch die UN-Behindertenrechtskonvention diktiert wurde.
- Erheblichen Aufwand verursachen europaweite Ausschreibungen (bei Bauleistungen ab € 5 Mill., bei Dienstleistungen ab € 200.000). Aber auch bei kleineren Ausschreibungen strahlen die EU-Vergabegrundsätze aus. Die Stadtverwaltung braucht daher eine „Beratungsstelle Vergabe- und Europarecht“. Anders gesagt:

die EU-Vorschriften kosten die Oldenburger viel Geld durch die so verursachte Bürokratie, ohne dass dadurch irgendeine Leistung zum Nutzen der Bürger erbracht worden wäre.

Es scheinen also auch jenseits der Festlegung der maximalen Wattzahl für Staubsauger, der zig Seiten langen Definition einer Pizza Napolitana oder der inzwischen wieder abgeschafften Gurkenkrümmungsverordnung Zweifel am Sinn vieler EU-Aktivitäten angebracht.

EU-Förderungen in Oldenburg

„Aber Deutschland profitiert doch von der EU“, hört man immer wieder. Manche behaupten sogar, wir seien der größte Profiteur von EU und Euro. Nun, in Oldenburg werden zahlreiche Projekte von der EU gefördert. Durch den „Europäischen Fonds für regionale Entwicklung“ sowie den „Europäischen Sozialfonds“ fließen im Zeitraum 2014 bis 2020 knapp € 35 Mill. nach Oldenburg.

Profitieren wir also von der EU? Mit 35 Millionen Euro? Nein. Dadurch gibt es lediglich einen kleinen Teil der EU-Beiträge des netto-Zahlers Deutschland zurück. Wir überweisen mehr nach Brüssel, als wir von dort erhalten. Für das Jahr 2017 waren es umgerechnet ca. € 130 pro Person, die für Projekte in anderen EU-Ländern

oder für die enormen Kosten der Brüsseler Bürokratie verwendet - oder verschwendet? - wurden. Für eine Familie mit zwei Kindern ist der Anteil von mehr als € 500 alles andere als eine Kleinigkeit.

Wer profitiert in Oldenburg?

Etwa € 2 Mill. gibt es für verschiedene Projekte der Universität. Wirtschaftsförderung in Höhe von € 1,3 Mill. bekam der „Patentkrug“ für seine Renovierung. Die Volkshochschule erhält ca. € 2 Mill. für die „Oldenburger Jugendwerkstatt“.

Aus dem Sozialfonds wurden zig Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen mit jeweils mehreren Tausend Euro unterstützt - u.a. auch fünfstelligen Summen für Steuerberaterprüfungen. Es profitiert, wer sich im EU-Beihilfedschungel auskennt, auf Kosten derer, die nichts bekommen.

Auch Integration wird gefördert

Seit 2016 wird der Oldenburger Verein „pro connect“ mit jährlich € 250.000 bei der „beschleunigten Integration von Geflüchteten in den regionalen Arbeitsmarkt“ unterstützt. Bedingung ist, dass die Stadt und die umliegenden Landkreise noch einmal die gleiche Summe beitragen. Mit so etwa € 2 Mill. öffentlicher Gelder zuzüglich weiterer Spenden hat es der Verein seit 2015 geschafft, 244 Praktika, 13 berufliche Einstiegsqualifikationsmaßnahmen, 103 Ausbildungsplätze, 25 Mini-Jobs, 46 Festanstellungen und



Die EU - für den deutschen Steuerzahler ein Fass ohne Boden? (Grafik: Pixabay)

7 Selbständigkeiten zu vermitteln. Ob das angesichts der enormen Fördersumme viel oder wenig ist, mag jeder Leser für sich entscheiden.

Libertarius

Gefahr durch Kunstrasen?

Verwaltung beabsichtigt Entscheidung trotz Fragen zu Unterhaltskosten und Gesundheitsrisiken

Die AfD-Fraktion im Rat der Stadt Oldenburg hatte für die Sitzung des Sportausschusses vom 14. Februar diesen Jahres die Aufnahme des Tagesordnungspunktes „Kunstrasen-



Foto: Pixabay

plätze“ beantragt. Wir wollten wissen, wie diese in Bezug auf die Gefahren durch Mikroplastik zu bewerten seien. Die Verwaltung berichtete mit Verweis auf Fragen des beratenden Bürgers Herrn Grösch, dass laut einer Studie des Fraunhofer-Instituts Mikroplastikausträge durch die Abnutzung von Fasern des Rasens während des Gebrauchs und aus der Verfüllung mit Kunststoffgranulat entstünden. Sind diese also möglicherweise gesundheitsgefährdend?

Warum überhaupt Kunstrasen?

Als Grund für die Anlage von Kunstrasenplätzen erklärte die Verwaltung, dass Extremwetterlagen, wie der Winter 2017/18 oder trockene Sommer wie im Jahr 2018 die Grünpflege beim Naturrasen an ihre Grenzen bringen. So sind die Plätze teils nicht nutzbar. Im Winterhalbjahr liegt die Sperrquote bei durchschnittlich 75%. Kunstrasenplätze seien dagegen weitgehend witterungsunabhängig und weisen dadurch höhere Nutzungsstunden auf. Ein weiterer Vorteil dieser Variante wären bessere Spiel- und Oberflächeneigenschaften.

Drohen Mehrkosten?

Die Pflege und damit auch die Unterhaltskosten unterscheiden sich beim Kunstrasen gegenüber denen von Naturrasen deutlich. Wartungs- und Unterhaltsleistungen müssen durch Spezialfirmen erbracht werden, die die Oberflächenreinigung mit besonderen Maschinen sowie Sand- und Gummi-Granulatverfüllungen vornehmen.

Die laufenden Kosten für Betrieb und Instandhaltung von Kunstrasenplätzen sind von der Verwaltung derzeit nicht einschätzbar. Ob neue eigene Geräte angeschafft werden, wie die

Vorlage vermuten lässt, oder externe Betriebe mit diesen Aufgaben beauftragt werden sollen, bleibt abzuwarten. Gegebenenfalls bräuchte die Stadt dann auch mehr Personal.

Gibt es Gesundheitsrisiken?

Interessant war die Debatte im Ausschuss vor allem, als es um die Gesundheitsrisiken ging. Zwar sind die Partikel des Einstreugranulates zu groß, um eingeatmet zu werden. Jedoch entsteht Faserabrieb, dessen Auswirkungen noch nicht untersucht worden sind.

Auch auf unsere Nachfrage im Ausschuss für Stadtgrün, Umwelt und Klima am 14. Februar konnte die Verwaltung Folgeschäden durch Kunstrasenplätze nicht ausschließen. Die eventuelle Belastung durch Feinstäube sei

noch nicht geklärt. Auf entsprechende Untersuchungen des Fraunhofer-Institutes werde gewartet.

Wer sich über den Verlauf der Debatte im Detail informieren möchte, kann das im Protokoll im online-Ratsinformationssystem tun: www.buergerinfo.oldenburg.de/recherche.php. Dokumentenrecherche nach „Ausschuss für Stadtgrün, Umwelt und Klima“ vom 18.02.2019, Suchbegriff „ASUK 02/19“, Seite 8.

Mangels verlässlicher Angaben muss der Bürger nun also nach eigenem Ermessen abwägen, ob er wegen der ungeklärten Risiken durch Feinstaub des Plastikabriebs eventuell davon absehen sollte, Kunstrasenplätze zu nutzen. Die Verwaltung jedenfalls nimmt eventuelle Risiken in Kauf. Dabei wird es schwer möglich sein, etwaige Langzeitfolgeschäden durch das Einatmen des Plastikstaubes nachweislich auf Kunstrasenplätze zurückzuführen. Entsprechend schwer werden Rechtsansprüche daraus abzuleiten sein.

Zumindest bis die Ergebnisse der genannten wissenschaftlichen Untersuchungen vorliegen, ist unserer Einschätzung nach ein gesundheitliches Restrisiko gegeben.

Christoph Brederlow



Das Ziel: beste Bedingungen im Sommer wie im Winter. (Foto: Pixabay)

Wohnungsmangel beheben

Mit Marktwirtschaft anstatt mit sozialistischer Planwirtschaft!

Der Wohnungsmarkt in Oldenburg ist ein schwieriges Thema. Es gibt akuten Handlungsbedarf. Was wären die richtigen Maßnahmen? Was sind die Ursachen? Wer sind die Verantwortlichen für die Misere?

Altparteien behindern Neubau

Immobilienunternehmer berichten, dass hohe Sozialquoten davon abhalten, mehr Wohnungen zu bauen. Teilweise nicht abgerufene Mittel aus den Förderprogrammen beweisen das.

Außerdem wird das Bauen aufgrund der immer umfangreicher werdenden Bauvorschriften immer teurer. Dabei handelt es sich insbesondere um ideologisch motivierte



So soll es sein: Betrieb auf dem Bau. (Foto: Pixabay)

Vorgaben zu Energieeffizienz und Gebäudedämmung. So ist es selbst mit Förderprogrammen und bei reduzierter Rendite oft nicht möglich, mit einer Miete von € 6,50 kostendeckend zu sein. Auch das hält Investoren vom Bauen ab.

Ursachenforschung

Warum ist Wohnraum so knapp? Oldenburg ist attraktiv. Seit vielen Jahren gibt es einen Zuzug in unsere Stadt. Hinzu kommt, dass auch die seit 2015 in Oldenburg aufgenommenen Migranten Wohnungen brauchen. Auch dadurch steigt die Nachfrage. Eine steigende Nachfrage lässt aber automatisch die Preise steigen. Zumindest in einer Marktwirtschaft.

Planwirtschaft von SPD & Co.

In der Ratssitzung im März hat eine

Mehrheit dem SPD-Antrag zugestimmt, so dass die Sozialquote bei Neubauten auf städtischen Mehrfamilienhausgrundstücken von 30% auf 50% steigt. Außerdem wird die Belegungsbindung für diese Grundstücke von 10 auf 20 Jahre erhöht.

Ganz ähnlich wie bei der Mietpreisbremse wird dadurch eine zumindest teilweise staatliche Festsetzung der Mieten betrieben. Das ist nichts anderes als sozialistische Planwirtschaft.

AfD plädiert für Marktwirtschaft

Als AfD-Fraktion möchten wir dagegen bei einer möglichst marktwirtschaftlichen Lösung bleiben bzw. wieder zu einer solchen zurück. Die Ursachen der Wohnungsknappheit auf staatlicher Seite müssen behoben werden. Mit noch höheren und längeren Sozialbelegungsquoten werden diese Ursachen aber eher noch verstärkt.

Neuer Sozialismus? Niemals!

Neben den Linken beginnt nun mit dem JuSo-Vorsitzenden auch die SPD auf Bundesebene damit, einen neuen - dann endlich und erstmals „richtig umgesetzten“ und „demokratischen“ - Sozialismus zu fordern. Wir trauen keinem Politiker egal welcher Partei zu, dieses von Ideologen erdachte und auf Zwang und Bevormundung basierende Konzept gewaltfrei umzusetzen. Schlicht, weil es nur mit Gewalt geht. Das haben sämtliche Versuche bisher gezeigt. Die zig Millionen Todesopfer von Lenin, Hitler, Mao u.v.a. bis hin zu den Mauertoten an der ehemaligen innerdeutschen Grenze sollten jedem klar denkenden Menschen eine deutliche Warnung sein.

Quasi-Monopol GSG

Der nun beschlossene Weg wird außerdem dazu führen, dass in ers-

ter Linie die GSG bauen wird. Das wird die ohnehin schon sehr dominante Stellung der GSG auf dem Oldenburger Wohnungsmarkt noch verstärken. Das halten wir für problematisch.

Eine vernünftige Lösung wäre es, das Bauen leichter und günstiger zu machen. Mit weniger staatlichen Vorschriften. Aber auch mit geringeren Abgaben, einer geringeren Grunderwerbssteuer beispielsweise. Leider haben wir als Kommune darauf keinen unmittelbaren Einfluss.

Wir denken an die Arbeiter

Völlig außer Acht gelassen wurden bei der SPD Menschen, die mit ihren Einkommen knapp über den Fördergrenzen liegen. Auch diese brauchen preiswerte Wohnungen – ohne B-Schein. Solche werden aber unter den nun verschärften Bedingungen für Investoren kaum noch gebaut werden. Wenn ein Investor 50% der Wohnungen für € 6,50 vermieten muss, so müssen in einer Mischkalkulation die restlichen Wohnungen möglichst hochpreisig sein. Neue Wohnungen für die sogenannte „untere Mittelschicht“ bleiben dabei auf der Strecke.

Linke Politik fördert Ausbeutung

Ein letzter Aspekt ist der Kostendruck auf die Bauherren. Dieser ist bei einem vorgegebenen Mietpreis von € 6,50 enorm. So werden vermehrt Unternehmen oder Subunternehmen aus dem Ausland beschäftigt, die meist Niedrigstlöhne zahlen. Und diese fließen dann größtenteils ins Ausland, anstatt an Oldenburger Arbeiter gezahlt zu werden und damit in unserer hiesigen Wirtschaft Arbeitsplätze zu sichern.

Fazit: Die beschlossenen Maßnahmen werden die Probleme nicht lösen. Vielmehr wird die Situation dadurch noch schwieriger werden. Wir werden gespannt beobachten, wie sich die Lage weiter entwickeln wird.

Lidia Bernhardt

Dialog mit dem Oberbürgermeister

Unsere Anfragen an Oberbürgermeister und Verwaltung

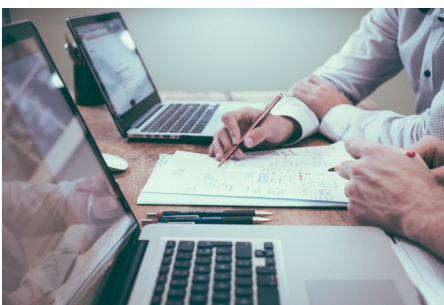
Regelmäßig stellen wir Anfragen zu aktuellen Themen an den Oberbürgermeister und die Verwaltung.

Einige Antworten beruhigen, andere sind eher beunruhigend. Und manche Auskünfte wirken eher ausweichend.

In Auszügen möchten wir unsere Leser darüber informieren.

Kosten von Gutachten

Spätestens durch den Skandal im Bundesverteidigungsministerium ist die sehr fragwürdige Vergabe von externen Gutachten in enormer Höhe durch Behörden der Öffentlichkeit bekannt geworden.



Unternehmensberater bei der Arbeit.
(Foto: Pixabay)

Da auch in Oldenburg immer wieder Gutachten diskutiert oder beauftragt werden, haben wir den Oberbürgermeister gefragt:

Wie viele externe Gutachten hat die Stadt Oldenburg in den Jahren 2017 und 2018 in Auftrag gegeben bzw. zuvor beauftragte Gutachten geliefert bekommen? Wie hoch waren die Kosten dafür?

Zur Antwort bekamen wir eine Liste der externen Gutachten 2017/2018.

1,2 Millionen für Gutachter!

Natürlich sind es nicht hunderte Millionen wie bei der Bundesregierung. Aber die Summe für die Jahre 2017/18 erstaunt dann doch. Insgesamt hat die Stadt Oldenburg in diesem Zeitraum € 1.256.831,29 für 68 externe Gutachten ausgegeben.

Viele Sachverständigengutachten erscheinen nachvollziehbar wie beispielsweise Baugrunderkundungen, Gefährdungsbeurteilung durch Alt-

lasten im Gebiet Fliegerhorst oder Kampfmittelsondierungen. Aber es gibt auch eine Reihe von Gutachten, die unserer Ansicht nach überflüssig oder fragwürdig sind.

€ 150.000 für Stadionneubau

Diverse Gutachten für einen eventuellen Stadionneubau kosteten bereits mehr als € 150.000. So wurde lange vor dem Beginn einer echten Diskussion schon sehr viel Geld ausgegeben.

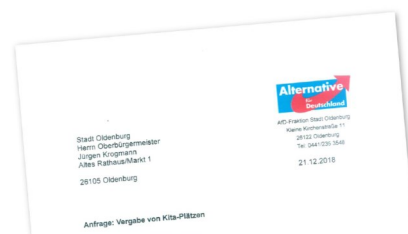
Gutachten zu Brutvogeluntersuchungen, „Monitoring aktuelle Verbreitung und Abundanz Krebschere NSG Bornhorster Huntewiesen“, Ersterfassung verschiedener Moosarten, Fledermausgutachten, u.ä. wurden mit rund € 36.000 bezahlt.

€ 140.000 für grüne Ideologie

Mit dabei ist natürlich auch die - bei Einbeziehung sämtlicher Vor- und Nachteile - unerreichbare - „emissionsfreie Mobilität“. Mit € 140.000 hat hier eine Agentur gute Umsätze mit den grünen Träumereien gemacht.

Der größte Posten in dieser Liste ist für das Klinikum. Hier waren offensichtlich € 232.000 erforderlich, um die Entwicklungsoptionen des Klinikums zu analysieren und zu bewerten.

Libertarius



Was möchten Sie von der Stadtverwaltung wissen?

Gerne nehmen wir Ihre Anregungen in unsere Arbeit auf. Als Ratsmitglieder haben wir ein Auskunftsrecht gegenüber der Verwaltung.

Schreiben Sie uns!

Schicken Sie uns Ihre Fragen an die Verwaltung gerne an redaktion@afd-fraktion-oldenburg.de.

Arbeitslosigkeit ist sehr ungleich verteilt

Fast jeder zweite Arbeitslose hat ausländische Wurzeln!

Aktuell haben laut Angaben der Bundesagentur für Arbeit 46 Prozent der 2,3 Millionen Arbeitslosen ausländische Wurzeln.

Wurden uns nicht Facharbeiter, Steuerzahler und die Garanten für unser aller Rente versprochen? Natürlich sieht die Wirklichkeit wieder einmal ganz anders aus. Einzig die AfD wusste im Vorfeld, was auf uns alle zukommt.

Auch liegt bei den erfolgreich in Arbeit gebrachten Ausländern und vermeintlich Geflüchteten der Anteil bei den erwerbsmäßigen Leistungsberechtigten, wozu auch die sogenannten „Aufstocker“ gehören, bei 57 Prozent. Wobei dieser Anteil auch vor Beginn der Asylkrise mit 43 Prozent bereits recht hoch war.

Es fand und findet also eine Einwanderung in die Sozialsysteme und den Niedriglohnsektor statt. Fachkräfte dürften hingegen wohl eher die Ausnahme gewesen sein.

Auch die statistischen Tricks wollen so Recht nicht mehr funktionieren. Im Juni 2016 wurde eigens eine Rubrik „erwerbsfähige Leistungsberechtigte im Kontext von Fluchtmigration“ erhoben, die mit einer Größe von 291.000 Personen wohl eher geschätzt als gerechnet dargestellt wurde. Heute liegen die Zahlen für 2018 bei 591.000 Personen. Erfasst wurden Asylbewerber, Geduldete und anerkannte Flüchtlinge. Nachgezogene Angehörige und ehemalige Asylbewerber, die sich in der Bundesrepublik niederlassen durften, sind in der Erhebung nicht erfasst.

Durch diese Zahlen wird auch der Oldenburger Haushalt belastet. 2019 beträgt der Eigenanteil der Stadt an den Sozialleistungen mehr als € 70 Mill. Ohne die große Zahl der Leistungsbezieher durch die Migration wäre er signifikant geringer. Entsprechend wäre mehr Geld für Schulen, Kultur oder Straßenausbau da. Oder die Hebesätze für Grund- und Gewerbesteuer könnten niedriger sein. Roger van de Klaar

Kulturpolitik

Rücktritte und mehr - verheerendes Echo für den Oberbürgermeister als „nebenbei-Kulturdezernent“

Der Oberbürgermeister scheint die Tätigkeit des Kulturdezernenten sozusagen nebenbei zu erledigen - mit zunehmend fragwürdigen Resultaten.

Gleich zwei Rücktritte

Erster Paukenschlag in der jüngsten Vergangenheit war der Rücktritt von Klaus Modick aus dem Kulturausschuss. Der prominente Berater bezeichnete die Kulturpolitik als „desaströs“ und schätzte die Einordnung der Kultur im Rathaus als „zu vernachlässigende Nebensächlichkeit“ ein. Die NWZ berichtete ausführlich, es gab viele Leserbriefe. Konsequenzen des Oberbürgermeisters? Bislang keine.

Wenig später gab Dr. Andreas von Seggern seinen Rücktritt als Leiter des Stadtmuseums bekannt. Ob der schnelle Wechsel nach Jever unbedingt ein großer Karriereschritt ist, darf bezweifelt werden. Dass er vielmehr ein deutliches Zeichen für ein erhebliches Knirschen hinter den Kulissen in Oldenburg ist, scheint offensichtlich.

Versagen von OB und SPD

„Zwei Hüte passen nicht auf einen Kopf“, bringt AfD-Fraktionsvorsitzender Christoph Brederlow seine Forderung nach Wiederbesetzung des Kulturdezernenten auf den Punkt. „Für uns wirkt Oberbürgermeister Krogmann überfordert und beratungsresistent. Aber Oldenburg hat eine hochwertige Kulturpolitik verdient, die von einem kompetenten Kulturdezernenten gesteuert und repräsentiert wird. Der Oberbürgermeister verweist in seinen Erläuterungen dazu auf den Rat. Das ist ein Verweis an seine eigene Partei. Die SPD hat hier als stärkste Fraktion bisher keine Initiative für einen Kulturdezernenten gezeigt und offensichtlich lässt sie Krogmann mit seiner halbherzigen Kulturpolitik weiter gewähren.“

Stadtmuseum - wie geht's weiter?

Die Situation des Stadtmuseums scheint vollkommen verfahren - ein Wechsel an der Museumsspitze einerseits und völlige Unklarheit in Sachen Neubau und Architektenentwurf andererseits.

„Für uns hat der ausgewählte Entwurf den kalten Charme eines sozialistischen Plattenbaus“, kommentiert Christoph Brederlow das Ergebnis des Architektenwettbewerbs.



Für einen Neubau von zweifelhafter Ästhetik sind die politischen Mitbewerber anscheinend gerne bereit, einen wunderschönen großen Baum vor dem Stadtmuseum zu opfern.

„Das grundlegende Defizit ist, dass dem Entwurf jegliche Schönheit fehlt. Es ist schlicht ein emotionsloser, funktionaler Betonklotz wie hunderte andere. Das sieht auf digitalen Visualisierungen schön aus. Was aber ist bei Oldenburger Schmuddelwetter und wenn es nach einigen Jahren zudem nicht mehr so neu und frisch ist? Spätestens dann wird es diese trostlose, an den Sozialismus erinnernde Wirkung haben“, ist sich der Fraktionsvorsitzende sicher. „Ähnlich wie es für uns heute mit dem alten Finanzamt ist, das damals sicher auch als schick und zeitlos gedacht war. Zeitlos hässlich, wie sich herausgestellt hat. Das gilt es beim Stadtmuseum unbedingt zu vermeiden.“

Bedürfnis nach Schönheit

Nach einer Studie der TU Chemnitz gibt es tatsächlich ein natürliches architektonisches Schönheitsemp-

finden. 90% der Befragten in einer repräsentativen Studie quer durch alle Altersgruppen und Bildungsschichten präferieren Schrägdach statt Flachdach und Fassaden mit Ornamenten vor kargen Bauhauswänden. Mit anderen Worten: die klassische, historisch orientierte Bauweise.

Ähnliches sieht man an der kürzlich fertig gestellten Neuen Frankfurter Altstadt. Dank einer starken Bürgerbewegung ist es zu einem an

historische Originale angelehnten Entwurf gekommen. So kann man heute auch bauen und damit die Menschen erfreuen.

So sollte es auch bei Neubauten in Oldenburg sein und gerade bei unserem Stadtmuseum. Wenn dieses Schönheit ausstrahlt, sind die Bürger sicher auch eher bereit, den enormen Kosten zuzustimmen.

Für einen nichtssagenden Betonklotz mag dagegen kein normal empfindender Mensch so viel Geld ausgeben, auch nicht, wenn es zur Hälfte vom Bund kommt. Es fragt sich sowieso, was an dem präsentierten einfallslosen Entwurf diese extremen Kosten von € 17 Millionen verursachen soll?

„Der Neubau sollte generell überdacht werden. Für Kulturschaffende klingt es wie blanker Hohn, wenn künftig kleine Förderanträge abgelehnt werden, während – oder weil – viele Millionen in einen Museumsneubau fließen. Einen Bau, mit dem sich der Oberbürgermeister anscheinend selbst ein Denkmal setzen möchte. In jedem Falle aber lehnen wir den derzeitigen Plan wegen seiner mangelnden Ästhetik, seiner Überdimensionierung und der viel zu hohen Kosten ab“, resümiert Christoph Brederlow. Libertarius

Graf Anton Günther-Statue

Standortfrage: Ehrenplatz oder Resterampe?

2017, im 350. Todesjahr von Graf Anton Günther, hat sich der ehemalige Landtagspräsident Horst Milde für die Aufstellung des Reiterstandbildes am Oldenburger Schloss aus-



gesprochen. Er stütze sich dabei auf die Zustimmung aller Oldenburger Bürgervereine, eine erfolgreiche Landtagspetition und eine Leserumfrage der Nordwest-Zeitung. Dabei hatten 2012 91% für einen Platz in der Innenstadt gestimmt. 86% waren sogar für eine Aufstellung vor dem Oldenburger Schloss. Ein klares Votum.

Derzeit steht das Denkmal auf dem Gelände einer Waschstraße an der Cloppenburg Straße/Ecke Buschhagenweg - unwürdig und weit abseits. Zur Weserzoll-Ausstellung war das Standbild im März/April diesen Jahres für einige Wochen im Innenhof des Schlosses zu sehen. In einer neuen online-Umfrage der NWZ war die Zustimmung zwar weniger deutlich, aber weiterhin sind knapp 54 Prozent der Meinung, das Denkmal sollte am Schloss aufgestellt werden.

Graf Anton Günther war ein absolutistischer Herrscher - wie alle anderen Fürsten seiner Zeit. Das darf man kritisieren. Man muss es aber im zeitgeschichtlichen Kontext betrachten. Ihn allein deswegen zu verdammen, tun heute ausgerechnet diejenigen, die die von den aktuellen Herrschern - ebenfalls in letzter Konsequenz mit roher physischer Gewalt - durchgesetzte GEZ-Zwangsabgabe befürworten. Im übrigen wird auch die Summe der Steuern und Abgaben zur Zeit des Grafen weit unter der heute durchschnittlichen Steuerbelastung von 56% (was für Durchschnittsverdiener je nach Berechnung ganze 75% bedeutet) gewesen sein.

Die AfD-Fraktion möchte die Irrfahrt des Grafen beenden und plant, das Thema nochmals in den Rat bzw. den Kulturausschuss einzubringen.

Libertarius



Die Graf Anton Günther-Statue positioniert wie auf einer Resterampe - unwürdig, eng eingepfercht in unschöner Umgebung.

Blick in die Geschichte.

Graf Anton Günther

Stallmeister des Heiligen Römischen Reiches

Graf Anton Günther von Oldenburg und Delmenhorst wurde am 10. November 1583 in Oldenburg geboren. Seine Eltern waren Graf Johann VII. von Oldenburg und Elisabeth von Schwarzburg-Blankenburg. Graf Anton Günther, der letzte Graf der Oldenburger Landesdynastie, gilt in seiner Ahnenreihe als der politisch am klügsten Agierende. In seiner Jugend reiste er durch das Heilige Römische Reich Deutscher Nation wie ins Ausland und besuchte viele Fürstenhöfe. Die dadurch erlangten außenpolitischen Verbindungen sollten ihm später zugutekommen.

Erfinder des Kramermarktes

Als Graf Anton Günthers Vater Graf Johann 1603 starb, übernahm er im Alter von 20 Jahren die Regierung und begann sofort, die von seinem Vater gesetzten Ziele weiter zu verfolgen. 1608 führte er die „Verordnung wegen der Oldenburger Kraher-Markte“ ein. Dies sollte den Handel in Oldenburg beleben. Der Kramermarkt wurde bald zu einem der größten norddeutschen Jahrmärkte und bezieht sich bis heute auf Graf Anton Günther.

Zollstreit mit der Hansestadt Bremen

1612 forderte Anton Günther die Einführung eines Zolls für Handelschiffe, die die Unterweser befahren. Dies sollte nicht nur Gewinn bringen sondern auch die hohen Kosten zur Sicherung durch Leuchtfeuer auf Wangerooge und die Uferbefestigungen an der oldenburgischen Küste wie die Bewachung des Weserkanals decken. Die Hansestadt Bremen, die meistens den Kanal befuhr, lehnte dies ab. 1622 einigten sich Kaiser Ferdinand II. und die Kurfürsten mit Graf Anton Günther auf einen Weserzoll. Die Verleihung der Zollrechte erfolgte

1623. Doch Bremen weigerte sich erneut. Im Westfälischen Frieden 1648 wurde der Weserzoll erneut bestätigt. Doch Bremen leistete nochmals Widerstand und wurde dafür von 1652 bis 1653 in Reichsacht (Ächtung) genommen. Erst auf dem Reichstag zu Regensburg 1653 erkannte Bremen die Oldenburger Zollhoheit an. Dies brachte Oldenburg in guten Jahren über 100.000 Reichsthaler ein.

Landgewinnung

1615 vollendeten Handwerker im Auftrag Anton Günthers den Deich auf der Westseite des Jadebusens – eine Meeresbucht Namens Schwarzer Brack. Dadurch wurde dem Meer ein beträchtlicher Teil von 75 QR (QR = Quadratrute, entspricht insgesamt ca. 1.400 m²) Grasland abgerungen. Hierdurch entstand eine Verbindung zwischen Oldenburg und Jever. 1643 wurde das



Graf Anton Günther, Gemälde von Wolfgang Heimbach, ca. 1664
(Quelle: Wikipedia)

Seefeld eingedeicht und es entstanden landwirtschaftliche Gutshöfe. Schon 1514 war das Projekt begonnen worden und es wurde von einem zum nächsten Oldenburgischen Grafen weiter vorangetrieben.

Kluge Außenpolitik während des dreißigjährigen Krieges

Graf Anton Günther liebte Pferde und förderte in Oldenburg stark die Pferdezucht, die schnell im Reich von sich reden machte. Er wurde auch „Stallmeister des Heiligen Römischen Reichs“ genannt. Durch seine Neutralitätspolitik blühten

Verwaltung wie Wirtschaft, Landwirtschaft Handel, Handwerk und Kunst sowie auch Literatur und Musik. Militär und Militärpolitik spielten in seiner Regierungszeit eine untergeordnete Rolle. Fast als einziges Land im Reich blieb Oldenburg während des dreißigjährigen Krieges (1618-1648) durch die kluge Neutralitätspolitik Anton Günthers gegenüber den kriegsführenden Mächten Not, Elend und Verwüstung erspart. Nach einer Legende sollen Graf Tilly und sein katholisches Heer vor Oldenburg am später nach ihm benannten Tillysee Rast gemacht haben mit dem Ziel, die Stadt am nächsten Tag zu überfallen. Doch Graf Anton Günther wusste von diesem Vorhaben, schenkte ihm wertvolle Pferde aus seiner Zucht und verriet Tilly einen gangbaren Abzugsweg für ihn und sein Heer. Das soll Tilly überzeugt haben und er zog ab. Dadurch erwarb sich Graf Anton Günther die Verehrung und Liebe seiner Oldenburger – vor allem, da Tilly auf direktem Wege nach Magdeburg marschierte, die Stadt einnahm und dort plünderte, mordete und vergewaltigte. Der Begriff „magdeburgisieren“ war in aller Munde. Ein Magdeburgisieren Oldenburgs hätte die Geschichte der Stadt völlig verändert.

er bei Jever neueingedeichtes Marschland.

Familiäres

1635 schenkte Anton Günther dem kursächsischen Feldmarschall Wolf Heinrich von Baudissin das Gut Neuenfelde bei Elsfleth. Im selben Jahr schloss er die Ehe mit Prinzessin Sophie von Schleswig Holstein Sonderburg. Doch die Ehe blieb kinderlos. 1647 erbt er die Grafschaft Delmenhorst vom Grafen Christian IX., der selbst keine Nachfahren hatte. Damit erreichte Oldenburg seine flächenmäßig größte Ausdehnung. Im Oktober 1656 richtete er eine reitende Post von Oldenburg nach Bremen ein. Seinem langjährigen Freund und Berater Philip Adolf von Münchhausen schenkte



Graf Anton Günther auf seinem Apfelschimmel Kranich, Gemälde nach Wolfgang Heimbach (Quelle: Wikipedia)

er bei Jever neueingedeichtes Marschland.

Erben

Nach 60-jähriger Regierungszeit starb Anton Günther 1667 in seinem Jagdschloss in Rastede. Seinem illegitimen Sohn mit einer Adeligen von Weissenwolf übertrug er das Amt Varel, die Herrlichkeit Knipphausen, die Vogtei Jade und das Vorwerk Hahn sowie die Grafschaft Aldenburg. Die Schwester Anton Günthers bekam die Herrschaft über Jever. Da Anton Günther keine ehelichen Nachkommen hatte, erbte 1667 Friedrich III. König von Dänemark die Grafschaft, da der König von Dänemark wie die Herzöge von Schleswig Holstein Gottorf aus dem Hause Oldenburg kam und über eine Nebenlinie mit Anton Günther verwandt war. Ein Wunsch Anton Günthers war es, dass sein unehelicher Sohn Anton von Aldenburg Statthalter von Oldenburg und Delmenhorst wird. Die Deutsche Kanzlei in Kopenhagen verwaltete das Territorium. 1773 wurde das Herzogtum Oldenburg unter Herzog Friedrich August von Holstein Gottorp selbstständiges Land im Heiligen Römischen Reich. Die neue Dynastie einte alle drei Landesteile und regierte bis 1918.

Prätorianer

Viele Naive

Kulturinstitutionen und Stadtrat verabschieden eine „Erklärung der Vielen“ und diffamieren damit die AfD.

Mit einer Mehrheit aus SPD, Grünen und Linken gegen die Stimmen von AfD, WfO, LKR, FDP und CDU hat der Rat der Stadt Oldenburg am 25. Februar die „Erklärung der Vielen“ verabschiedet.

„Der Verlauf der Diskussion in der Ratssitzung hat abschließend bewiesen, dass es für die ‚Erklärung der Vielen‘ keinerlei substanziellen Anlass gibt und dass diese somit rein ideologisch begründet ist“, resümiert Fraktionsvorsitzender Christoph Brederlow die Diskussion im Stadtrat. „Das hat insbesondere die Linke deutlich gemacht. Denn es spricht für sich, wenn WfO, LKR, FDP und insbesondere auch die CDU bei einer Erklärung, die ganz offensichtlich gegen die AfD gerichtet ist, geschlossen mit der AfD stimmen. Es ist ein Armutszeugnis für Oldenburg, dass der Rat mit der linken Stimmenmehrheit diese naive Erklärung verabschiedet hat.“

Ratsfrau Lidia Bernhardt bemerkt zum Initiator, Intendant Christian Firmbach: „Wir hätten Herrn Firmbach gerne zugute gehalten, dass er diese Erklärung unter einem gewissen gesellschaftlichem Druck – selbst bei Vorbehalten gegenüber der AfD – möglicherweise gegen die eigene Überzeugung unterschrieben hat. Sein Interview dazu mit der NWZ zeigt aber leider, dass auch er zu den überzeugten Naiven gehört. Fernab von jeglicher Realität unterstellt er dort der AfD, sie wolle ihm verbieten, ‚Werke von Verdi‘ – mithin wohl von sämtlichen nicht-deutschen Komponisten und Autoren – aufzuführen. Das ist eine infame Unterstellung, gegen die wir uns entschieden wehren.“

Ein Blick in die Erklärung

Die Erklärung spricht „die größten Staatsverbrechen der Menschheitsgeschichte“ an, die von deutschem

Boden ausgegangen sind. Doch der Superlativ „die größten“ ist falsch. Denn er ignoriert die zig Millionen Toten des Sozialismus – von Lenin und Mao bis zu Nordkorea und Venezuela. Überall handelt es sich um menschenverachtende sozialistische Regime – wie bei den deutschen National-Sozialisten!

Konservative Selbstverteidigung

Weiter wird behauptet, dass der „rechte Populismus“ der „Kunst der Vielen“ feindselig gegenüber stünde. Das ist falsch. Es gibt keinerlei Bestrebungen, in Spielpläne einzugrei-



fen. Wenn die Erklärung trotzdem davon spricht, so verallgemeinert sie einzelne Abwehrreaktionen von Konservativen, nachdem diese auf den Bühnen der Vielen übelst verunglimpft worden sind.

So war es beispielsweise im Stück „Fear“ an der Berliner Schaubühne. Die Publizistin Gabriele Kubby hatte daraufhin wegen Verletzung ihrer Persönlichkeitsrechte geklagt und in zweiter Instanz Recht bekommen. Die Klage war also eine reine Selbstverteidigungsmaßnahme gegen eine Kunst, die klar über ihre Freiheit hinausgegangen ist.

In ihrem Grundsatzprogramm setzt sich die AfD klar für den Erhalt unserer einzigartigen Theaterlandschaft ein. Gemeint sind Theater, wie wir sie noch bis vor wenigen Jahren kannten: vielfältig, kontro-

vers, engagiert – aber doch tolerant gegenüber Andersdenkenden.

Wir differenzieren

Die Unterzeichner werfen uns vor, dass wir Migranten alle als kriminell bezeichnen. Das ist falsch. Wir wehren uns gegen Menschen, die hier gefährliche Straftaten verüben. Die polizeiliche Kriminalstatistik weist insbesondere Flüchtlinge aus den Hauptherkunftsländern als deutlich überproportional aus. Nur das sprechen wir an. Wir schauen genau hin und wir differenzieren.

Es sind die Unterzeichner der Erklärung selbst, die verallgemeinern. Wegen eines einzigen, gut begründeten, da ebenfalls nur verteidigten, Antrags im ganzen Nordwesten in mehr als zwei Jahren wird der AfD unterstellt, dass die Partei und all ihre Mitglieder und Wähler – laut aktuellen Umfragerwerten etwa 10 Millionen Menschen (!) – gegen die Freiheit der Kunst seien. Das ist eine unerhörte verallgemeinernde Verunglimpfung.

Menschen auf der Flucht

Menschen auf der Flucht erwarten hier ein besseres Leben, weil unsere Bundesregierung ihnen das versprochen hat. Das ist nachvollziehbar. Wir wehren uns daher gegen die Bundesregierung und gegen jeden, der diesen seit Jahren anhaltenden Migrationsstrom befürwortet.

Nicht Europa und schon gar nicht Deutschland allein kann die Probleme Afrikas und des vorderen Orients lösen. Hilfe macht einzig und allein vor Ort Sinn. Maßnahmen wären, die Unterstützung sozialistischer und diktatorischer Regime zu beenden, kriminelle Ma-

Den Text der Erklärung sowie die Liste der Erstunterzeichner finden Sie unter

<https://staatstheater.de/programm/sonstiges/erklaerungdervielen.html>



Konservative als bedrohliche, furchterregende Zombies in „Fear“ an der Berliner Schaubühne 2015. (Foto Schaubühne, Arno Declair)

chenschaften europäischer Konzerne in diesen Ländern zu unterbinden und den Ländern freien Zugang zu unseren Märkten zu ermöglichen. Diese wirkungsvollen Maßnahmen werden von den schon länger in Berlin Regierenden ignoriert. Das ist der eigentliche Skandal.

Kein Forum bieten?

Man wolle diskutieren, Meinungen, die nicht passen, aber kein Forum bieten, heißt es in der Erklärung. Wie aber will man diskutieren, ohne ein Forum zu bieten? Wer legt fest, was unter „kein Forum bieten“ fällt?

Dialog in Oldenburg zugesagt

Erfreulich ist, dass die Oldenburger Unterzeichner sich auf Nachfrage der AfD zu einem Gespräch bereit erklärt haben. Dieses findet erst nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe statt.

Wir freuen uns auf diesen Dialog. Dabei erklären und begründen wir gerne unsere Positionen. Wir hören uns selbstverständlich auch jede sachliche und begründete Kritik an der AfD an. Wo nötig, werden wir versuchen, in den Gremien unserer Partei korrigierend Einfluss zu nehmen.

Die Erklärung ist latent totalitär!

Auch die kulturpolitischen Sprecher der AfD-Landtagsfraktionen und der Bundestagsfraktion zeigen sich befremdet darüber, „dass zahlreiche Kulturschaffende sich dazu

bereitgefunden haben, eine Erklärung von derart simplifizierendem Geschichtsbild und Schwarz-Weiß-Denken zu unterzeichnen.

Die darin behauptete Offenheit und Verteidigung der Pluralität wird durch die aggressive Ausgrenzung aller, die etwa mit der Politik der Masseneinwanderung nicht einverstanden sind oder generell ein alternatives Kulturverständnis pflegen, unmittelbar Lügen gestraft. Das Auftreten der ‚Vielen‘ ist monolithisch und autoritär. Wenn die Ausgrenzung einer Minderheit durch die reklamierte Mehrheit betrieben wird, so manifestiert sich darin eine in Ansätzen bereits totalitäre Gesinnung. Wer die Demokratie wirklich verteidigen will, der sollte auch Minderheitenmeinungen zulassen, in den Diskurs einbeziehen und den Dialog mit deren Vertretern suchen.

Vor diesem Hintergrund kommen die kulturpolitischen Sprecher der AfD-Fraktionen zu dem Ergebnis, dass die ‚Vielen‘ einer klassischen Projektion aufsitzen: Was sie einer imaginierten Minderheit ankreiden, nämlich totalitär und unterdrückerisch zu agieren, dessen befließigen sie sich als selbsternannte und selbstgerechte Mehrheit selbst. Die ‚Freiheit der Kunst‘, die sie zu verteidigen vorgeben, untergraben sie durch ihr eigenes Verhalten und vertiefen dadurch die Spaltung der Gesellschaft. Welches Ensemblemitglied, welcher freischaffende Künstler wagt es noch, sich gegen den

Konformitätsdruck zu erheben, den die ‚Vielen‘ auf sie ausüben?

Allen mutigen Künstlern und Kulturschaffenden, die es trotzdem tun, gilt die Solidarität der Alternative für Deutschland.“

Libertarius

Wortlaut der Rede von Ratsfrau Lidia Bernhardt am 25.02.2019:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, mit großer Sicherheit werden wir in einigen Minuten eine weitere Erklärung verabschieden. Die „Erklärung der Vielen“ möchte eine regionale Warnschrift sein – dabei erhebt man den Anspruch, rechtem Populismus und nationalistischen Gruppierungen entgegen zu treten. Bemerkenswert ist dabei das krampfhaft Bemühen, den Namen „AfD“ in der Erklärung zu vermeiden. Obwohl offensichtlich ist, dass es Ihnen um die AfD geht. Das hat ja auch der Initiator, Generalintendant Firmbach vom Staatstheater, in seinem NWZ-Interview dazu sehr deutlich gemacht. Ein allgemeiner Hinweis auf alle Formen des Extremismus fehlt leider.

Erklärung von 1 Prozent?

Gibt man in die Suchmaschine „Google“ den Begriff „Kunst- und Kulturvereine im Nordwesten Deutschlands“ ein, erhält man mehrere Tausend Treffer mit Hinweisen auf entsprechende Vereine. Schnell wird mehr als deutlich, dass es sich bei dieser Erklärung mitnichten um eine „Erklärung der Vielen“ handelt!



„DieVielen“ mit erklärter Nähe zur links-extremen Antifa auf einem von der Initiative via Facebook veröffentlichten Foto.

AfD-Grundsatzprogramm

„Deutschland wird weltweit auch wegen seiner einzigartigen Theater- und Orchesterlandschaft beachtet. Die AfD setzt sich dafür ein, Kultur zu den Pflichtaufgaben des Staates auf den Ebenen des Bundes und der Länder zu erklären.“

„Die AfD will den Einfluss der Parteien auf das Kulturleben zurückdrängen, gemeinnützige private Kulturstiftungen und bürgerschaftliche Kulturinitiativen stärken und die Kulturpolitik generell an fachlichen Qualitätskriterien und ökonomischer Vernunft anstatt an politischen Opportunitäten ausrichten.“

„Erklärung von 1 %“ wäre hier vielleicht besser als Titel angebracht gewesen. Nun sollen also rechte Gruppierungen angeblich Veranstaltungen stören und in Spielpläne eingreifen wollen.

Vorfälle in Oldenburg: Null!

Die Anfrage der CDU-Fraktion, inwieweit hier in Oldenburg von Vorkommnissen berichtet werden kann, blieb indes ergebnislos. Der Oberbürgermeister bemühte sich zwar redlich. Mehr als ein angeblicher Vorfall in Buxtehude konnte jedoch nicht angeführt werden. Und auch daran gibt es Zweifel – handelte es sich doch bei dem Referenten an einer Volkshochschule um ein bekanntes Mitglied der linksextremistischen Szene. Mehrfach hat dieser in Magazinen publiziert, die vom Verfassungsschutz beobachtet werden. Ein Vortrag eines Linksextremisten über Rechtsextremismus? Ich glaube, der Einwand der dortigen AfD ist mehr als berechtigt gewesen.

Nun höre ich immer wieder – und auch aus den Zeilen der Erklärung wird dieses deutlich: „wehret den Anfängen“.

Ich selbst, wie vielleicht einige von Ihnen heraushören können, komme als Deutsche aus Kasachstan. Uns war es verboten, Deutsch zu sprechen. Wir wurden ausgegrenzt – überall waren Spitzel zugegen, um uns zu überwachen. Ausgrenzung habe ich live erlebt! Ich bin mir sicher, dass kaum jemand von den Unterzeichnern eine wirkliche Ahnung davon hat geschweige denn es selbst erlebt hat, wie Verfolgung und Ausgrenzung tatsächlich sind.

Meine Damen und Herren – sie alle glauben doch nicht im Ernst, dass ich einer Partei beigetreten wäre, die die Freiheit des einzelnen einschränken möchte. Das Gegenteil ist der Fall. Hier bitte ich Sie, doch ein-

mal einen Blick in unser Grundsatzprogramm zu werfen.

AfD steht für Kulturförderung

Dort steht: „Die AfD setzt sich dafür ein, Kultur zu den Pflichtaufgaben des Staates auf den Ebenen des Bundes und der Länder zu erklären.“ – somit eine absolute Kulturfreiheit ohne Denkverbote und Ausgrenzung Andersdenkender – geschützt durch die Gesetzgebung.

Gerne hätten wir mit den Unterzeichnern der Erklärung ein persönliches Gespräch geführt. Der Generalintendant hat leider im Februar keinen Termin mehr frei – immerhin möchte er im März mit uns einen Termin vereinbaren. Alle anderen Unterzeichner konnten keine Termine anbieten bzw. hatten keine Zeit für ein Gespräch. Auch wäre alles ja gar nicht so gemeint, war häufiger zu hören. Lediglich ein Unterzeichner teilte unmissverständlich mit, nicht mit uns reden zu wollen.

Ist das die Auffassung von Debatte und Diskurs der „Vielen“? Immerhin wurde inzwischen ein Gespräch mit den Unterzeichnern in Aussicht gestellt. Ich nenne Ihnen dafür schon einmal unsere Fragen:

Für wen meinen die Intendanten und Geschäftsführer zu sprechen, wenn sie diese Erklärung unterzeichnen?

Wurden alle ihre Mitarbeiter vorher befragt? – wo es doch in der Vorlage des Oberbürgermeisters heißt, man wolle – und müsse demnach – den Text der Erklärung erst noch unter den Mitarbeitern der Organisationen bekannt machen?

Was passiert mit Mitarbeitern, die die Erklärung nicht unterzeichnen möchten?

Die Erklärung ist rein ideologisch begründet. Fakten können nicht präsentiert werden! Wir werden die Erklärung daher ablehnen.

Im Dialog

Ihre AfD-Fraktion freut sich über den Kontakt und den Austausch mit Ihnen.

Eine Politik im Sinne der Bürgerinnen und Bürger und ein direkter Austausch mit den Bürgern ist erklärtes Ziel der AfD. Das ist auch den beiden Mitgliedern der Fraktion im Rat der Stadt Oldenburg ein wichtiges Anliegen. Wir sind daher sehr am Kontakt und am Austausch mit Ihnen interessiert.

Schreiben Sie uns

Wie gefällt Ihnen unser bisheriges Engagement im Stadtrat?

Was finden Sie besonders gut?

Was vermissen Sie?

Welche Themen sollte die AfD-Fraktion noch aufgreifen?

Welche sind Ihrer Meinung nach vielleicht weniger wichtig?

redaktion@afd-fraktion-oldenburg.de

Wir versprechen Ihnen, dass wir Ihre Zuschriften genau lesen und in unsere künftigen Entscheidungen einbeziehen werden.

So hoffen wir, auf Basis eines nun intensivierten Dialogs mit Ihnen künftig noch besser im Sinne unserer Mitglieder und Wähler in der Oldenburger Lokalpolitik tätig sein zu können.

Unterstützen Sie unsere Arbeit!

Mit Ihrer **Spende** können Sie helfen, dass der *Oldenspiegel* künftig noch mehr Menschen erreicht.

Spendenkonto:

DE11 2805 0100 0092 0689 56

Impressum:

Fraktion der AfD im Rat der Stadt Oldenburg, Kleine Kirchstrasse 11, 26122 Oldenburg.

redaktion@afd-fraktion-oldenburg.de

V.i.S.d.P.: Christoph Brederlow.

In Abstimmung mit unseren Autoren und Fotografen verzichten wir zum Schutz derer Privatsphäre auf Namensnennungen.